

Pressestimmen

WAHLEN IN BRASILIEN

DIE WELT

„Hart“ Der Wahlkampf war hart – und nicht ganz fair: Die seit 2010 amtierende Präsidentin Dilma Rousseff verfügt über den Apparat ihrer linken ‚Arbeiterpartei‘ mit einer nicht zuletzt durch Korruptionsgelder prall gefüllten Kasse. So stand immer fest, dass sie im ersten Wahlgang am besten abschneiden würde, was ihr mit fast 42 Prozent auch gelang.

Die Welt, Berlin

Frankfurter Allgemeine

„Ausgetrampelt“ Brasilien schlägt nun die ausgetrampelten Pfade ein: entweder hin zum sozialdemokratisch angehauchten Modell von Dilma Rousseff mit einem starken, die Wirtschaft lenkenden Staat oder zum Ideal des Wirtschaftsliberalismus, wie es Aécio Neves vorschwebt. Wo ist die politische Energie geblieben, die viele Brasilianer im Sommer 2013 auf die Straßen trieb? Diese Wut findet keinen Ausdruck im Wahlergebnis.

FAZ, Frankfurt

Kalenderblatt



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

8. Oktober

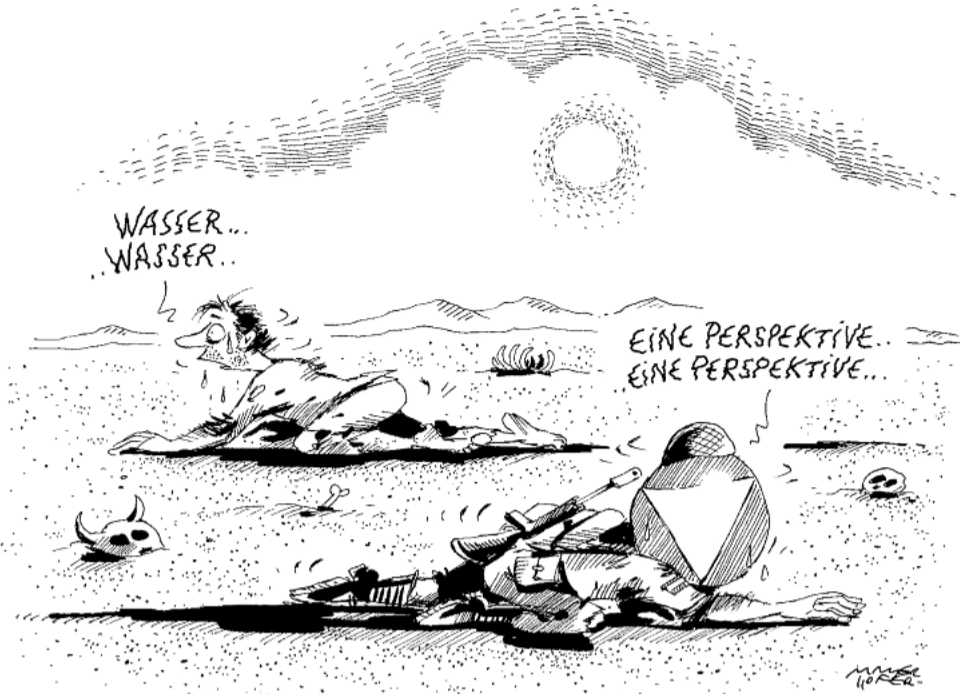
1906: Der deutsche Friseur Karl Ludwig Nessler stellt einen Dauerwellenapparat vor. Sechs Stunden müssen die Damen mit Messingwicklern ausharren, bevor die Lockenpracht perfekt ist.

1958: Der schwedische Herzchirurg Åke Senning pflanzt erstmals einem Patienten einen Herzschrittmacher ein.

Geburtstag: Jesse Jackson (1941), US-amerikanischer Geistlicher und Bürgerrechtler; Sigourney Weaver (1949), US-Schauspielerinnen („Alien“)

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 17, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Am Verdursten

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Shuji Nakamura

Der Herr des blauen Lichts

Von Eike-Clemens Kullmann

Unglaublich.“ So reagierte Shuji Nakamura auf die Auszeichnung mit dem Physik-Nobelpreis. Der 60-jährige, in der Kleinstadt Ikata im Süden Japans geborene Wissenschaftler lebt heute in den USA und arbeitet als Professor an der University of California in Santa Barbara (Kalifornien). Der mit rund 870.000 Euro dotierte Preis ging mit Nakamura, Isamu Akasaki und Hiroshi Amano gleich an drei (gebürtige) Japaner. Sie erhielten die Auszeichnung für die Entwicklung von Leuchtdioden (LED), die blaues Licht emittieren. Vor allem die Suche nach den blau emittierenden LEDs galt lange als „Heiliger Gral“.

Nakamura studierte an der Universität Tokushima und erwarb dort den Master-Grad als Elektroingenieur sowie den Doktor-Titel. Bei der Firma Nichia wurde er 1993 Leiter der Forschungsabteilung und entwickelte die erste sehr helle Galliumnitrid-Leuchtdiode, welche den Vorteil hat, blaues Licht abzustrahlen. Neben der blauen GaN-LED entwickelte er auch die grüne Indium-Galliumnitrid-Leuchtdiode sowie eine weiße LED und Mitte der 1990er Jahre noch einen blauen Laser.

Nach seiner Übersiedelung als Professor an die University of California verklagte der Physiker 2001 seinen früheren Arbeitgeber. Hatte er doch für seine Entwicklung der GaN-LED lediglich eine Prämie von 20.000 Yen (rund 150 Euro) erhalten. Vor Gericht forderte er 20 Milliarden Yen (150 Millionen Euro) und gewann zunächst. Nachdem Nichia in Berufung ging, einigten sich die Kontrahenten schließlich auf einen Bonus von 840 Millionen Yen (sechs Millionen Euro), die höchste je in Japan gezahlte



Einer der Gewinner des diesjährigen Physik-Nobelpreises: Shuji Nakamura. Foto: epa

Prämie. Und doch eine kleine Summe im Vergleich zu den immensen Gewinnen, die Nichia durch Nakamuras Entwicklungen machte. Aber auch eine Pioniertat des heutigen Physik-Nobelpreisträgers. Denn seither speisen japanische Firmen ihre Forscher nicht mehr mit Almosen für ihre Erfindungen ab. Schon 2006 erhielt der ledige Nakamura für die blauen Leuchtdioden den Millennium Technology Preis – eine seiner vielen Auszeichnungen.

Leitartikel

Von Wolfgang Braun



Der österreichische Weg kommt an ein Ende

Applaus wird Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SP) für seine Novelle zur Pflegefinanzierung keinen erwartet haben. Ab 2015 den Zugang zu den Pflegestufen 1 und 2 zu erschweren und erst im Jahr darauf das Pflegegeld zu erhöhen, das ist nun einmal nicht besonders elegant.

Hundstorfer ist ein Getriebener der rasant steigenden Kosten im Pflegesystem. Er braucht Geld für den wachsenden Bedarf bei der 24-Stunden-Pflege – das holt er sich, indem die Hürden für die ersten beiden Pflegestufen angehoben werden. Da nur 14 Prozent der Pflegegeldbezieher in Stufe 1 tatsächlich Pflegeleistung zukaufen, hat er durchaus Argumente für seine Maßnahme.

Aber eine strategische Meisterleistung ist sie natürlich nicht. Wie alle Regierungen der vergangenen Jahre beschränkt sich auch Hundstorfer damit, bei der Pflege umzu-

schichten und Löcher zu stopfen.

Im Pflegesystem wird weiter überbrückt und umgeschichtet

Bestes Beispiel ist der Pflegefonds, der eingerichtet wurde, um die Finanzlast der Länder und vor allem der Gemeinden zu lindern. Das war 2011 – und alle Beteiligten von Bund, Ländern und Kommunen sprachen damals von einer Überbrückung, von einer bis 2014 begrenzten Finanzspritze, mit der man sich Zeit erkaufen wollte, um eine große Pflegelösung zu erarbeiten.

Mittlerweile wurde die Überbrückung zur Dauerlösung: In der aktuellen Novelle Hundstorfers wird der Pflegefonds bis 2018 fortgeschrieben. Die große Pflegestrategie ist jedoch nicht in Sicht.

Notwendig wäre sie längst. Die demographischen Prognosen sind eindeutig: Wir werden immer älter. Die Zahl der Pflegegeld-Bezieher stieg in Oberösterreich seit 2004 um rund 20.000 auf 71.600 Personen. Die Pflege wird – Stichwort Demenz – immer herausfordernder. Dafür wird man in den kommenden Jahren mehr qualifiziertes Pflegepersonal brauchen. Aber schon jetzt fehlen die Fachkräfte, steigen viele aus, weil der Beruf körperlich und psychisch immer belastender und dazu noch schlecht bezahlt wird.

Wenn unser Pflegesystem in hoher Qualität bestehen bleiben soll, muss man den bisherigen Weg der Überbrückung und Umschichtung verlassen. Welche Standards wollen wir uns in der Pflege künftig leisten und wer soll dazu in welchem Ausmaß finanziell beitragen? Vor diesen grundsätzlichen, sensiblen Fragen werden die Politik und wir alle nicht davonlaufen können.

w.braun@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Mit Mario Draghi zum Psychologen

Die EZB will bald sogenannte Asset-Backed-Securities (ABS) kaufen. ABS sind vereinfacht gesagt Wertpapiere, die mit Krediten besichert sind. In einer eigens dafür gegründeten Gesellschaft stehen dann auf der einen Seite der Bilanz die Kredite und auf der anderen Seite das Kapital der investierenden Anleger.

Indem nun die EZB als Käuferin von ABS am Markt auftritt, hofft sie, dadurch die Banken dazu zu motivieren, vermehrt ABS-Wertpapiere zu emittieren, indem Banken bestehende Kredite aus ihren Bilanzen dafür verwenden oder neue Kredite vergeben, um sie dann anschließend über eine

ABS-Struktur wieder zu verkaufen.

Im ersten Fall würde das Kaufprogramm der EZB vor allem bewirken, dass Banken sich ihrer riskanteren Kredite entledigen können. Diese „Ent-rümpelung“ der Bankbilanzen macht wieder Kapital frei für neue Kredite und dürfte vor allem für die mit maroden Krediten ausgestatteten Banken gedacht sein.

Im zweiten Fall ginge es der EZB darum, dass Banken auch wieder riskantere Kredite vergeben, wenn sie mit einem schnellen Weiterverkauf an die EZB rechnen können.



VON TEODORO D. COCCA

Da es über eine ABS-Struktur möglich ist, einzelne riskante Kredite so zu bündeln, dass das gesamte Bündel weniger Risiko beinhaltet als die Einzelpositionen, werden die ABS-Strukturen eine höhere Bonität aufweisen als die Einzelkredite.

Die Logik des angekündigten Programms besteht also darin, die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft wieder ins Rollen zu bringen. Bisher bestand ja das Problem, dass die von der EZB geschaffene Liquidität an die Banken ging, welche aber das Geld wieder bei der EZB als Sicherheitspolster

anlegten. Die Idee ist an sich gut.

Aber: Das 1000 Milliarden schwere Programm wäre nur dann erfolgreich, wenn bisher die restriktiven Finanzierungsbedingungen das Haupthindernis für eine Kapitalaufnahme der Klein- und Mittelbetriebe war. Es fällt aber angesichts Leitzinssätzen nahe null schwer zu glauben, dass die Finanzierungsbedingungen das hindernde Element sind. Gerade in den Problemländern gibt es wegen der mauen Konjunktur einfach keine Nachfrage nach Krediten.

Einer Enthemmung des Kreditvergabeprozesses steht also das fehlende Vertrauen der Konsumenten und der Unternehmer in

die Zukunft entgegen. Solange man in lähmender Ungewissheit lebt, was die Zukunftsperspektiven betrifft, könnten die Maßnahmen der EZB völlig ins Leere laufen.

Mario Draghi bräuhete vielleicht eher ein Team von Psychologen, welche Unternehmern und Konsumenten wieder Zuversicht und Zukunftsglauben vermittelt. Mit den 1000 Milliarden könnte man jedem Europäer 20 Therapiestunden beim Psychologen bezahlen. Das würde wohl mehr bringen.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz